

Press release  
Kiel, 16.11.2024

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Für starke europäische Regionen – Keine Zentralisierung von Agrar- und Regionalfonds**

*Resolution til/zum: Dagsordenspunkt/TOP 12: Resolutionen, einstimmig  
beschlossen zum Landesparteitag am 16.11.2024*

Die Delegierten des SSW-Landesparteitages beschließen:

- Der SSW fordert die EU-Kommission dazu auf, die dezentrale  
Regionalförderung 2028-2034 beizubehalten

Begründung:

Der SSW ist zutiefst besorgt über die durchgesickerten Informationen über die Pläne der Kommission für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2028-2034. Diesen Nachrichten zufolge plant die Kommission angeblich, die EU-Regionalfinanzierung innerhalb der 27 Mitgliedstaaten zu zentralisieren, anstatt die Regionen direkt zu finanzieren. Die derzeitigen 530 Regionalprogramme würden in 27 nationale Fonds umgewandelt, was bedeutet, dass Regionen und lokale Behörden keinen Zugang mehr zu Direktfinanzierungen hätten.

Stattdessen würden die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten die Entscheidungen darüber treffen, wie und wo die Gelder verteilt werden. Dies ist äußerst besorgniserregend und hätte verheerende Folgen für viele europäische Regionen. Es wäre ein Rückschritt hin zu einer Zeit, in der die EU lediglich eine Union von Staaten war. Der SSW fordert jedoch eine EU der starken Regionen und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die direkt an die Regionen vergebenen EU-Kohäsionsfonds sind ein Beispiel für eine gute Verteilung der Finanzmittel innerhalb der EU. Die EU-Institutionen haben in den letzten Jahren daran gearbeitet, näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzukommen. Die regionalen Programme sind die europäischen Projekte, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger am stärksten beeinflussen. Sie werden vor Ort entwickelt und gehen effektiver auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Wünsche der verschiedenen europäischen Gemeinschaften ein. Eine Rückkehr zu einem zentralistischen Modell würde dies gefährden.

Der SSW-Landesvorstand,  
Husum, den 08.11.2024